

Gemeinsam für Sachsen!

Für eine bürgernahe und
zukunftsorientierte Politik:

CDU

Programm der Sächsischen Union zur
Landtagswahl 2004
vom 28. August 2004



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Gliederung

Präambel

Sachsen – Land mit Tradition und Zukunft

Arbeitsschwerpunkte

1. Bildung, Wissenschaft und Forschung
2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
3. Familienpolitik
4. Gesundheits- und Sozialpolitik
5. Innere Sicherheit
6. Innen-, Kommunal- und Infrastrukturpolitik
7. Kunst-, Kultur- und Medienpolitik
8. Sport/Vereine/Ehrenamt
9. Ländlicher Raum
10. Umweltpolitik
11. Finanzpolitik

I. Sachsen – Land mit Tradition und Zukunft

Sachsen hat sich seit der Wiedervereinigung gut entwickelt. Der Fleiß und die Schaffenskraft der Bürgerinnen und Bürger haben sich gelohnt. Wir alle können mit Stolz auf das gemeinsam Erreichte blicken.

Anknüpfend an die Traditionen unseres Landes ist Sachsen heute wieder ein Standort mit gutem Ruf für Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Sport und Medien. Die Sachsen leben wieder in einem rechtsstaatlichen und freiheitlichen Gemeinwesen, das sich seiner besonderen Verantwortung für soziale Gerechtigkeit und für die nachhaltige Pflege für Kultur und Umwelt stellt. Wir erhalten Bewährtes und sind offen für die Herausforderungen der modernen Zeit. Das macht unseren Freistaat zu einem liebenswerten Land mit lebenswerter Zukunft.

Die Sächsische Union trägt seit 14 Jahren mit einer steten und verlässlichen Politik den Anforderungen an ein starkes und zukunftsorientiertes Sachsen Rechnung. Gemeinsam mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist es gelungen, den Freistaat Sachsen voranzubringen und im ostdeutschen Aufholprozess an der Spitze zu positionieren.

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für eine solide Entwicklung unseres Landes. Jahrzehntelange Diktatur und Planwirtschaft haben ein schweres Erbe hinterlassen. Dank gezielter Förderung konnten viele Unternehmen gefestigt oder gegründet werden und ihren Platz am Markt finden. Schlagworte wie „Chipland Sachsen“ und „Autoland Sachsen“ machen den Freistaat weit über die Landesgrenzen hinaus als innovativen Wirtschaftsstandort bekannt. Das alles steht für die Menschen in Sachsen, ihr

Selbstbewusstsein, ihre Leistungsstärken, ihren Gemeinsinn und ihre Verantwortung für das Ganze.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist und bleibt die Grundlage eines zukunftsfähigen Sozialstaates und einer solidarischen Gesellschaft. Zukunft leben heißt, bereits heute Antworten auf die wirtschaftlichen Herausforderungen und gesellschaftlichen Fragestellungen von morgen zu geben. Sozial ist, was Arbeit schafft!

Eine veränderte Arbeitswelt zwingt zu einem lebenslangen Wissenswettbewerb. Bildung wird im Leistungs- und Innovationszeitalter zu unserem wichtigsten Zukunftskapital! Es gilt, mit neuen Denkansätzen politische Lösungsmodelle im Bereich der Bildung und Wissenschaft zu erschließen. Wir müssen uns den Herausforderungen an eine moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert stellen.

Der demographische Wandel wird erhebliche Veränderungen im Aufbau unserer Bevölkerung und in der Struktur unserer Gesellschaft mit sich bringen. Eine weitsichtige und zukunftsorientierte Familienpolitik ist der Sächsischen Union deshalb besonders wichtig. Familien mit Kindern sind und bleiben die zentrale Säule unserer Gesellschaft. Sie zu fördern hat für uns höchste Priorität. Denn: Kinder sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes! Es muss oberstes Ziel der Politik im Freistaats Sachsen sein, ein kinder- und familienfreundliches Gemeinwesen zu gestalten. Nur wenn die Bereitschaft innerhalb unserer Gesellschaft Kinder zu bekommen und zu erziehen wieder wächst, dann werden wir das Modell der sozialen Marktwirtschaft mit den spezifischen Ausprägungen einer Solidargemeinschaft überhaupt in seinem Fortbestand sichern können.

Wir wollen eine partnerschaftliche Gesellschaft gestalten, die Frauen und Männer gleichermaßen „ins Boot holt“.

Immer mehr Menschen werden älter, zu wenig junge Menschen sind vorhanden. Das bisher auf dem Grundsatz des Generationenvertrages beruhende System der sozialen Sicherungssysteme kann in seiner jetzigen Form diese neue Bevölkerungsaufteilung nicht mehr beherrschen. Ebenso bedarf auch die öffentliche Infrastruktur einer grundlegenden Reform, um sich den neu stellenden Herausforderungen anpassen zu können.

Wir alle sind in den nächsten Jahren stärker gefordert, unser Gesellschaftssystem zukunftssicher zu gestalten. Hierzu bedarf es eines breiten Dialoges mit den Bürgern und hieraus resultierend, sinnvoller und langfristiger Reformkonzepte. Der Sächsischen Union ist nicht kurzfristiger Populismus wichtig, sondern die Erarbeitung grundlegender Lösungen. Die Menschen im Freistaat Sachsen erwarten von uns verlässliche Politik, der sie vertrauen können. Diesem Willen sind wir verpflichtet.

Die neuen Entfaltungsmöglichkeiten der Sachsen waren eine Grundvoraussetzung für die positive Entwicklung im Freistaat nach der Wiedervereinigung. Ohne eine rechtsstaatlich geschaffene und bewahrte Innere Sicherheit gedeiht keine Freiheit, und ohne Freiheit entsteht keine Solidarität. Die Sächsische Union tritt daher auch zukünftig für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers und für eine wehrhafte Demokratie ein.

Mit der Aufnahme der zehn vorwiegend mittel- und osteuropäischen Länder verändert die Europäische Union ihr Gesicht: Sachsen rückt in die Mitte des neuen, erweiterten

Europa. Wir haben damit die einmalige Chance, unsere historische wirtschaftliche und kulturelle Brückenfunktion wieder wahrzunehmen. Mit unserer Politik wollen wir diesen Prozess wirksam begleiten und aktiv gestalten. Sachsen braucht die Solidarität des Bundes und der Länder beim Aufbau Ost. Georg Milbradt und die Sächsische Union sind Anwalt des Ostens!

Wir bekennen uns zu den Grundwerten der christlichen europäischen Tradition. Sie bilden das Fundament der Politik der Sächsischen Union. Wir vertrauen auf die Leistungskraft der Gesellschaft, in der die Bürger ihr Leben und wirtschaftliches Handeln weitestgehend frei und in eigener Verantwortung gestalten.

Wir wollen weiterhin mehr machen aus unserem Land als andere. Die Sächsische Union ist dem Freistaat Sachsen und seinen Menschen verpflichtet. Wir wollen unser Land gestalten und zum Wohle aller nach vorn bringen. Kurt Biedenkopf hat den Sachsen Mut gemacht, wieder stolz auf ihre Heimat zu sein und voller Zuversicht anzupacken. Gemeinsam mit der umsichtigen Finanzpolitik Georg Milbradts ist ein unvergleichbarer Aufbau- und Aufholprozess eingeleitet worden, der heute in vielen Bereichen sichtbar ist und Früchte trägt.

Wir wollen gemeinsam mit Ministerpräsident Georg Milbradt diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Unser Ziel ist ein lebens- und liebenswertes Sachsen, das seinen Bürgern wirtschaftliche Entwicklung, soziale Sicherheit und ein intaktes öffentliches Gemeinwesen offenbart. Sachsen muss weiter Vorreiter bleiben und die in unserem Land und seinen Menschen steckenden Potentiale aktivieren. Durch Flexibilität, Erfindertum und Tatkraft ist der Freistaat Sachsen

vielfach bereits mit einem Wettbewerbsvorsprung versehen. Diesen gilt es zu halten und noch zu vergrößern. Wir wollen weiterhin aus unserem Land mehr machen als andere.

Kontinuität und Stabilität sind der Kompass unserer Politik. Deshalb am 19. September 2004:

**Klarer Kurs für Sachsen mit Georg Milbradt!
Gemeinsam schaffen wir es!**

1. Bildung, Wissenschaft und Forschung

Bildung als Investition in die Zukunft unserer Kinder

Die Sächsische Union steht mit ihrer Politik für ein leistungsfähiges Bildungssystem, das für jeden die gleichen Entwicklungschancen entsprechend seiner Begabungen und seiner Leistungsfähigkeit bietet. Unser Bildungsmodell ist von zielgerichteter Förderung und Leistungsorientierung geprägt. Dem haben wir in den vergangenen Jahren mit unserer Bildungspolitik Rechnung getragen. Während in den ersten Jahren die Strukturen eines modernen sächsischen Schulsystems aufgebaut wurden, die den Erfordernissen eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates entsprechen, liegt der jetzige politische Schwerpunkt auf der weiteren qualitativ-inhaltlichen Entwicklung.

Zukunftsprogramm Schule

Die Schülerzahl in Sachsen wird sich gemessen an der von 2000 bis 2008 etwa halbieren. Dem hat sich die Sächsische Union gestellt. Der Schülerrückgang wird für eine deutlich verbesserte Personalausstattung genutzt: Für 50 Prozent der Schüler stehen künftig 70 Prozent der Lehrer – gemessen am Bezugsjahr 2000 – zur Verfügung. Das ist einer der Kernpunkte des sogenannten Schulkompromisses. Dieser Anpassungsprozess führt langfristig zu einer Qualitätssteigerung an den Mittelschulen, Gymnasien und Förderschulen.

Mit diesem „pädagogischen Zuschlag“ für den Schulbereich durchbrechen wir den Grundsatz, dass im Regelfall die staatlichen Ressourcen linear dem Bevölkerungsrückgang angepasst werden müssen. Wir tragen damit der großen

Bedeutung der Bildung für unsere Zukunft Rechnung. Darüber hinaus haben wir uns für einen sozialverträglichen Personalabbau eingesetzt.

Die verbesserte Schüler-Lehrer-Relation führte bereits zu einer schrittweisen Reduzierung des Unterrichtsausfalles. Er sank im Schuljahr 2003/04 gegenüber 2001/02 an den Grundschulen von 1,3 Prozent auf 0,9 Prozent und an den Mittelschulen von 3,7 Prozent auf 2,8 Prozent. Zudem wurden mehr Spielräume für den Erhalt von Schulstandorten in den ländlichen Räumen geschaffen. Durch eine regional flexiblere Handhabung der Klassenbildung in einem pädagogisch vertretbaren Rahmen können wir in der Fläche mehr Schulstandorte als ursprünglich vorgesehen erhalten, ohne das Bildungsniveau in Frage zu stellen.

Der Schulkompromiss wird seit dem Haushaltsjahr 2001/2002 kontinuierlich auf allen Ebenen umgesetzt. Dadurch hat sich bereits heute die Situation insbesondere an den allgemein bildenden Schulen erfreulich entwickelt. Die vielfältige Bildungslandschaft in Sachsen wird durch Beibehaltung und Bildung von Schulen in freier Trägerschaft aufrecht erhalten und weiter ergänzt.

Das bessere Schulkonzept

Die Ergebnisse des deutschen Ländervergleiches im Rahmen der Schülerleistungsstudie PISA 2000 zeigen, dass Sachsen bundesweit eines der leistungsfähigsten Schulsysteme entwickelt hat. Sachsen belegt im Vergleich der neuen Länder den ersten und im Bundesvergleich den dritten Platz.

Gerade die deutlichen Leistungsunterschiede zwischen den neuen Ländern, die 1990 unter vergleichbaren Bedingungen

gestartet sind, zeigen, dass in Sachsen die richtigen Weichen gestellt wurden. National ist der dritte Platz im PISA-Vergleich akzeptabel – die Position im internationalen Wettbewerb kann jedoch nicht befriedigen. Insbesondere die Leseleistungen und die mathematischen Fähigkeiten der Schüler müssen dringend verbessert werden.

Die Sächsische Union hat mit dem Ersten und Zweiten Gesetz zur Umsetzung des besseren Schulkonzeptes die notwendigen Initiativen ergriffen. Besonders wichtig ist uns ein differenziertes und zugleich durchlässiges Schulsystem. Nur so können wir auf unterschiedliche Leistungsvoraussetzungen von Schülern an Förderschulen, Mittelschulen und Gymnasien mit gezielter Förderung optimal reagieren. Demgegenüber haben sich Gesamtschulkonzepte nicht bewährt.

Das Gesetz bekennt sich klar zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule sowie zu einer Werteorientierung, die insbesondere an die christlichen Traditionen unseres Landes anknüpft – wie beispielsweise Ehrfurcht vor allem Lebendigen, Nächstenliebe und Gerechtigkeit.

Die Eigenverantwortung und die pädagogischen Freiräume der Schulen werden gestärkt. Dies wird sich auch in den neuen Lehrplänen niederschlagen. Der gesunde Wettbewerb der Schulen untereinander wird gefördert, indem sie eigene Schulprogramme entwickeln und in ihrem Schulportrait darüber Rechenschaft ablegen.

Die pädagogischen Konzepte sowie die Leistungen der Schüler werden künftig regelmäßig einer internen und auch externen Evaluation unterzogen. In diesem Sinne sind die

landesweit einheitlichen Orientierungsarbeiten ebenso zu sehen wie die Arbeit der im Aufbau begriffenen Evaluationsagentur. Diesem Ziel dient auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz der Länder, wonach Bildungsstandards und die verbindliche Teilnahme an Orientierungs- und Vergleichsarbeiten an Mittelschulen und Gymnasien eingeführt werden. Die Position des Schulleiters wird entscheidend gestärkt. Er wird an der Auswahl der an der Schule tätigen Lehrer stärker beteiligt, und ihm kann vom Schulträger eine weitergehende Mittelbewirtschaftungsbefugnis eingeräumt werden. Der Schulleiter trägt Verantwortung für das Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzept der Lehrer an seiner Schule.

Die Mindestschülerzahlen und Klassenobergrenzen sind jetzt gesetzlich fixiert. Die Mindestschülerzahl beträgt für Mittelschulen und Gymnasien 20 Schüler pro Klasse, in Grundschulen 15 Schüler je Klasse. Die Klassenobergrenze für alle Schularten liegt bei 28 Schülern. Mit diesen Parametern sorgen wir sowohl für gute Unterrichts- und Lernbedingungen als auch für einen sinnvollen Lehrereinsatz.

Die Zusammenarbeit von Grundschule mit Kindergarten und Hort zur Optimierung der Schuleingangsphase wurde festgeschrieben.

In den Klassenstufen 1 und 2 und damit im Anfangsunterricht der Grundschule wird den individuellen Lernvoraussetzungen der Kinder durch die zeitliche Flexibilisierung der Lernziele und Lerninhalte, insbesondere aber durch gesonderte Fördermöglichkeiten Rechnung getragen. Spätestens ab Klasse 3 wird eine Fremdsprache unterrichtet.

Die Sächsische Union hält grundsätzlich an Grundschulbezirken fest, auch um kurze Schulwege zu gewährleisten. Dennoch können Eltern ihr Kind in festgelegten Ausnahmefällen an einer anderen Grundschule unterrichten lassen.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern und Schüler an den Schulen werden durch die paritätische Zusammensetzung der Schulkonferenz gestärkt. Außerdem können Bildungsvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen werden.

Die Jahrgangsstufen 5 bis 10 profitieren von mehr freiwilligen Ganztagsangeboten. Bei den Grundschulen sind diese bereits heute mit den Horten abgesichert.

Die Vorbereitung auf das Berufsleben wird verbessert. Mittelschulen, berufsbildende Schulen und andere Partner der Berufsausbildung wie Unternehmen wurden zur Kooperation verpflichtet.

Die Schulen sollen sich mehr als bisher für das regionale Umfeld öffnen. Wir wünschen uns eine bessere Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen. Damit wollen wir die Eigeninitiative junger Menschen und ihre Verankerung im jeweiligen sozialen Umfeld stärker fördern.

Fortführung der Bildungsoffensive auch in der Zukunft

Die Sächsische Union wird sich auch in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die Schulen bei der inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des Schulalltags mehr Freiheiten erhalten. Bildungsstandards sowie Lehrpläne mit klaren Zielen und genügend Freiräumen ermöglichen den

Schulen, zeitgemäße Bildungskonzepte zu erarbeiten und zu vermitteln. Die Ergebnisse dieser Arbeit spiegeln sich im Schulportrait wider, welches durch das Profil- und Leistungskursangebot sowie Arbeitsgemeinschaften und Beziehungen der Schule zum regionalen Umfeld charakterisiert wird.

Um der schwierigen Personalsituation an den berufsbildenden Schulen und an den Förderschulen zu begegnen, will die Sächsische Union eine Flexibilisierung der Stellenpläne zwischen den einzelnen Schularten. Dies gilt ebenso für die langfristige Unterrichtsabsicherung an den Grundschulen.

Die Lehrer sollen über Prämien-Modelle motiviert werden, Arbeitsgemeinschaften und weitere gemeinsame Schüler-Freizeitaktivitäten anzubieten.

Gute schulische Ergebnisse werden vor allem in einer guten Lern- und Lehratmosphäre erzielt. Die Sächsische Union will auch weiterhin den mit einem gut dotierten Sonderförderprogramm ermöglichten Schulhausbau an gesicherten Standorten unterstützen. Unser Ziel sind flächendeckend moderne, attraktive und leistungsfähige Schulen.

Entscheidend für den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler ist die Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Die Schule der Zukunft wird stärker mit der Wirtschaft und der Gesellschaft vernetzt sein. Dabei sollte die politische Bildung der Schüler einen größeren Stellenwert als bisher einnehmen. Die Kooperationen von Schulen mit Unternehmen sowie Forschungs- und

Wissenschaftseinrichtungen sind daher auszubauen. Mit diesem Ansatz – Stärkung der grundlegenden Kompetenzen, Orientierung auf Entwicklungsfähigkeit und Vermittlung von vertieften Einblicken in das Berufsleben – wollen wir den jungen Menschen und damit unserem Land die besten Zukunftschancen sichern.

Die sächsische Union unterstützt die Initiativen zum Erlernen der sorbischen Sprache in jedem Alter.

Hochschul- und Forschungsland Sachsen

Die sächsischen Hochschulstandorte konnten gesichert und in ihrer Attraktivität für Forschung und Lehre durch ein kontinuierliches und gezieltes **Ausbauprogramm** gestärkt werden. In den vergangenen 14 Jahren wurden in den Ausbau unserer Hochschulen mehr als 2,15 Milliarden Euro investiert. Der Freistaat Sachsen wurde dadurch zum stärksten Wissenschaftsstandort der neuen Länder entwickelt. Im Jahre 2003 wandten wir mit 198 Euro je Einwohner und über 9.000 Euro je Student deutlich mehr als der Durchschnitt der neuen Länder mit 173 Euro und auch erheblich mehr als zahlreiche alte Bundesländer auf. Hochschule und Wissenschaft genießen im Freistaat Sachsen auch in Zeiten knapper Ressourcen höchste Priorität.

Die ausgezeichnete ausgebaute Hochschullandschaft bot und bietet für die Zukunft den Kern der **Netzwerke** von Forschung, Lehre und Wissenschaft mit der Wirtschaft des Landes. Das Engagement des Freistaates Sachsen in Forschung und Hochschulen korrespondiert mit dessen Industriepolitik. Die sächsische Forschungspolitik setzt besondere Schwerpunkte in den Wachstums- und Schlüsseltechnologien Mikroelektronik und Nano-

Technologie, Maschinen- und Automobilbau, Material- und Werkstoffforschung, Umweltforschung sowie Biotechnologie und Medizintechnik. Ebenso sind die Automobilindustrie, die Automobilzuliefererindustrie und vor allem die Mikroelektronikindustrie ohne die enge Verzahnung mit der herausragenden Kompetenz unserer Hochschulen kaum denkbar.

Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen mit großem Engagement eine leistungsfähige **Forschungslandschaft** aufgebaut. Sie ist strukturell ausgewogen und durch eine erstklassige Forschungsinfrastruktur gekennzeichnet. Deren Bedeutung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Sachsen wird weiter steigen.

Im Freistaat Sachsen gibt es neben der Forschung an den vier Universitäten, dem Internationalen Hochschulinstitut Zittau und den fünf Fachhochschulen ein dichtes Netz außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Hier arbeiten zehn Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, sechs Institute der Max-Planck-Gesellschaft und sieben Forschungsinstitute der Leibniz-Gesellschaft. Daneben verfügt Sachsen über ein Großforschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH), zehn Landesforschungseinrichtungen und ca. fünfzehn hochschulnahe An-Institute. Sie dokumentieren den hohen Rang von Forschung und Wissenschaftsinnovation im Freistaat. In unserem Land wurden 2001 (aktueller Bundesvergleich, Quelle: Bundesbericht Forschung 2004) von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft insgesamt 1,9 Milliarden Euro (426 Euro pro Einwohner) für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit lag Sachsen im Vergleich der deutschen Länder an siebter Stelle. Im Vergleich der neuen Länder lag Sachsen auf

dem ersten Rang, vor Thüringen mit einem Investitionsvolumen von gerade 0,84 Milliarden Euro (346 Euro pro Einwohner). Der Freistaat stellte 200 Millionen Euro für die Biotech-Offensive „Biosaxony“ in Leipzig und Dresden zur Verfügung. Rund 450 Millionen Euro wurden in den vergangenen fünf Jahren an Technologieförderung gezielt eingesetzt. Die sächsischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen konnten im Jahr 2002 **Drittmittleinnahmen** aus Wirtschaftsaufträgen und Förderprojekten in Höhe von insgesamt rund 309 Millionen Euro verzeichnen (205,8 Millionen Euro an den Hochschulen und 103,5 Millionen Euro an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen) Diese Entwicklung fördern wir nach Kräften.

Wir unterstützen den Ausbau der Berufsakademie Sachsen. In ihr vernetzen sich regionale Wirtschaft und anspruchsvolle wissenschaftliche Ausbildung mit Diplomabschluss in idealer Weise. Für den von der heimischen Wirtschaft zurecht erwarteten weiteren Ausbau wird die Sächsische Union die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Zukunft beginnen – Hochschulen stärken

Sachsen soll ein leistungsfähiger, unverwechselbarer Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort bleiben. Dafür muss es gelingen, durch international konkurrenzfähige Hochschulen und ausgezeichnete Lehre und Forschung ein positives Klima für Wissenschaft und Forschung sowie Unternehmen und Innovation zu erzeugen.

Wer in Sachsen studiert, soll künftig schneller und erfolgreicher zu seinem Abschluss kommen. Die Hochschulen müssen die ihnen eingeräumte Autonomie

nutzen, spezielle Profile zu entwickeln und – als ein Aspekt hiervon – wissenschaftliche Schwerpunkte zu setzen. Dazu ist es notwendig, die Studienzeiten zu verkürzen und die Lehrinhalte zu überarbeiten. Daneben ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit und Netzwerkbildung innerhalb der Hochschulen und zwischen den Hochschulen weiter zu verstärken.

Das vermittelte Wissen und die zu erwerbenden Qualifikationen müssen besser auf die globalisierte Berufswelt vorbereiten. Es sollte allen sächsischen Studierenden möglich sein, einen Teil ihres Studiums im Ausland zu absolvieren. Die fachspezifische Fremdsprachenausbildung muss ausgebaut werden. Hierfür bietet der Hochschulvertrag mit der dort vorgesehenen größeren Ressourcenverantwortung der einzelnen Hochschulbereiche eine ideale Grundlage.

Den Hochschulen muss mehr Freiheit und Eigenverantwortung zugestanden werden. Zugleich gilt es, den Wettbewerb zwischen den und innerhalb der Hochschulen zu fördern und Leistung einzufordern. Anhand von Hochschulrankings sollen Studierende ihre Hochschule nach Leistungskriterien auswählen können. Zugleich sollen auch die Hochschulen selbst entscheiden, welchen Bewerbern sie an ihrer Einrichtung das Studium ermöglichen. Der Staatsvertrag über die Zentrale Vergabe der Studienplätze (ZVS) läuft im Jahr 2006 aus. Die Sächsische Union will ihn auf keinen Fall verlängern. Sächsische Hochschulen sollen sich künftig weniger als Behörde und mehr als Unternehmen begreifen. Dazu ist eine angemessene und langfristig abgesicherte finanzielle Ausstattung der Hochschulen sicherzustellen. Im Rahmen von Hochschulvereinbarungen

und Globalhaushalten sollen Hochschulen eigenverantwortlich gestalten können.

Die Sächsische Union verfolgt den Bologna-Prozess bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulrahmens positiv und bekennt sich zum verstärkten Angebot von Bachelor- und Master-Studiengängen an Hochschulen im Freistaat Sachsen. Bei der Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge werden wir darauf achten, dass die Hochschulen die neuen Studiengänge weitgehend in eigener Verantwortung ausgestalten können.

Gleichzeitig bekennt sich die CDU im Freistaat Sachsen ausdrücklich zu den bewährten deutschen Hochschulabschlüssen: Das deutsche Diplom und insbesondere der deutsche Diplom-Ingenieur genießen international eine hohe Reputation. Diesen Vorteil für unser Land und sein Bildungssystem werden wir beibehalten. Ebenso werden wir für Berufe, die eine enge Anbindung an öffentliche Aufgaben besitzen (Lehrer, Ärzte, Juristen) die bewährten und geachteten deutschen Staatsexamina beibehalten.

Forschung und Lehre sind ständig zu evaluieren, um im härter werdenden nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen.

2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Wir in Sachsen können auf 14 Jahre erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Die Freiheit des Einzelnen und der Fleiß aller haben uns in der wirtschaftlichen Entwicklung in die Spitzengruppe aufrücken lassen.

Die Sächsische Union hat in den drei vergangenen Legislaturperioden durch eine stete und verlässliche Wirtschaftspolitik diesen Prozess effektiv begleitet. Es ist uns gelungen, durch eine gezielte Förder- und Ansiedlungspolitik mittlere und große Unternehmen nach Sachsen zu bringen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende Arbeitsplätze zu sichern.

Weltkonzerne wie BMW und Porsche in Leipzig, Infineon in Dresden, VW in Mosel und Chemnitz, AMD mit demnächst zwei Werken in Dresden und Bombardier in Görlitz, Bautzen und Niesky, belegen, dass Sachsen ein attraktiver Standort ist. Mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) konnten seit 1990 über 20.000 Investitionsvorhaben mit 7,3 Milliarden Euro unterstützt und ein Investitionsvolumen von 39,2 Milliarden Euro angeschoben werden. Über 220.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen und rund 224.000 gesichert.

Mittelstand – Rückgrat der sächsischen Wirtschaft und Motor des wirtschaftlichen Aufschwunges

Dank der kleinen und mittleren sächsischen Unternehmen können wir heute die höchste Selbständigenquote, die höchste

Exportquote und die zweitniedrigste Insolvenzzahl in den neuen Bundesländern vorweisen. Kleine und mittlere Betriebe in Sachsen bilden auch im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele junge Leute aus; sie trugen aber auch zum höchsten Wirtschaftswachstum bundesweit im Jahr 2003 bei.

Im Zentrum der Wirtschaftspolitik der Sächsischen Union stand und steht daher auch weiterhin die Unterstützung und Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Hierzu gehören insbesondere wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Mit dem im Januar 2003 in Kraft getretenen Vergabegesetz haben wir die Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlich ausgestaltet. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur, wie etwa die Verkehrsanbindung von Gewerbegebieten und ein belastbares Straßen- und Schienennetz, wurde weiter ausgebaut. Zur Förderung von mittelständischen Unternehmen wird ein Mittelstandsfonds mit 30 Millionen Euro aufgelegt.

Die Etablierung von innovativen und zukunftsorientierten Technologien in mittelständischen Unternehmen ist der Schlüssel für deren Behauptung auf dem Weltmarkt. Mit dem erfolgreichen Innovations-Assistenten-Programm leistet der Freistaat hierzu seinen Beitrag.

Bei der Novellierung der Handwerksordnung konnten wir die gänzliche Abschaffung des Meisterbriefes verhindern. Unsere Initiativen haben mit dazu beigetragen, die rot-grüne Bundesregierung zu wesentlichen Zugeständnissen zu bewegen. Das Handwerk wird auch weiterhin höchsten Ansprüchen an Qualität und Innovation gerecht und leistet damit seinen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes.

Die sächsische **Ansiedlungspolitik** konzentriert sich auf Wachstumspotentiale in den Technologien des 21. Jahrhunderts, wie zum Beispiel Mikroelektronik, Informationstechnologie, Biotechnologie, Umwelttechnik, Kraftfahrzeugtechnik und Automobilindustrie einschließlich Zulieferung. Mit einer Industrie-Exportquote von 28,7 Prozent belegt der Freistaat den Spitzenplatz unter den neuen Ländern. Wir haben mit günstigen Rahmenbedingungen diese Entwicklung unterstützt.

Mit ihrer **Energiapolitik** hat sich die Sächsische Union für die konkurrenzfähige Nutzung sächsischer Braunkohle eingesetzt. Für umweltfreundlich arbeitende sächsische Braunkohlekraftwerke mit hohem Wirkungsgrad gibt es eine langfristige Betriebsperspektive und damit auch sichere Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen.

Die Jahrhundertflut haben wir durch eine gemeinsame Kraftanstrengung überwunden. Nahezu alle von der **Flut** geschädigten Unternehmen konnten durch Soforthilfen stabilisiert werden. Die Anträge für den Wiederaufbau wurden im Zusammenwirken von Verwaltungen, Kammern und Verbänden, privaten Banken und Sächsischer Aufbaubank schnell und unbürokratisch bearbeitet. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur wurde schnell wieder aufgebaut.

Der sächsische **Tourismus** sichert zahlreiche Existenzen im Mittelstand. Grundlage der erfolgreichen Tourismuswirtschaft sind die landschaftliche und kulturelle Vielfalt Sachsens und die Gastfreundschaft seiner Bürger. Der Einbruch nach der Hochwasserkatastrophe vor zwei Jahren konnte dank einer erfolgreichen Imagekampagne zum großen Teil wieder ausgeglichen werden. Die Tourismusunternehmer in Sachsen

haben Mut und Initiative bewiesen! Wir unterstützen den Tourismus, indem wir uns für eine engere und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in der regionalen Fremdenverkehrswirtschaft einsetzen. Wir fördern die konsequente Qualitäts- und Serviceorientierung bei allen touristischen Angeboten. Das jüngste Tourismusbarometer zeigt, dass die Arbeit in den letzten Jahren erfolgreich war.

Sachsen ist wirtschaftlich auf gutem Weg

Vor uns liegen große strukturelle Umbrüche. Die Herausforderungen, denen wir uns gesamtdeutsch konsequent und entschlossen stellen müssen, sind bekannt:

- die Vernetzung der Wirtschaft in der erweiterten Europäischen Union und in der Welt,
- der demographische Wandel,
- der strukturelle Wandel auf dem Arbeitsmarkt.

Diese fundamentalen Entwicklungen sind unumkehrbar. Sie stellen den Wirtschaftsstandort Deutschland und vor allem die neuen Bundesländer und damit auch Sachsen vor neue, gewaltige Herausforderungen.

Es gibt dabei keine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft. Unser Land braucht eine Politik, die den **Mut zur Veränderung** hat, die regionale Unterschiede anerkennt und Wettbewerb zulässt. Nur so können wir den Motor starten, der uns allen die Kraft liefert, mit den Entwicklungen Schritt zu halten.

Die Sächsische Union zeigt Verantwortung und stellt sich diesen Herausforderungen. Wir wollen den lähmenden

Kompetenznebel, der jeden Ansatz zu Reformen auf dem Arbeitsmarkt und weitere Veränderungen in Deutschland erstickt, lichten. Wir haben den Mut, neue, eigene Wege für unsere Zukunft in Sachsen einzuschlagen.

Daher unterstützt die Sächsische Union alle Bemühungen, eine neue Balance der **föderalen Ordnung** zwischen dem Bund und den Ländern herzustellen. Der jahrelange Ruf nach Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in Deutschland hat zu einer Verschiebung der Regelungskompetenzen zu Lasten der Länder und zu einem Konsenszwang geführt. Dies verhindert die jetzt dringend notwendigen Reformen. Wir wollen die Länder stärken und treten dafür ein, vor allem in Ostdeutschland schnellstmöglich Freiräume für eigenverantwortliche Regelungen in den Bereichen Tarifrecht, Kündigungsschutz, Beamtenbesoldung und Planungsrecht einzuführen.

Westdeutsche Regelungen, die das in den alten Bundesländern Erreichte fixieren, entpuppen sich als Fesseln für den Wirtschaftsaufschwung und erhöhen die Kosten für die neuen Bundesländer. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass mit einer derartigen Regelungsdichte das Wirtschaftswunder in Westdeutschland nicht möglich gewesen wäre. Deshalb benötigt Sachsen, wie alle ostdeutschen Länder, in besonderer Weise Regelungen, die die Leistungspotentiale der Menschen stärker beachten und zu Eigeninitiative anspornen.

Nur Freiraum und Eigenverantwortung bringen uns voran

Auf Bundesebene brauchen wir daher endlich eine klare, verlässliche Linie, die unternehmerische Freiheit und Tatkraft

fördert und nicht bremst. Eine Politik, die die Investitionsförderung für die neuen Länder sichert, Innovation und Vernetzung zulässt und verstärkt. Und wir brauchen eine Politik, die nicht zuletzt Leistung belohnt und zur Arbeitsaufnahme motiviert.

Ziele und Schwerpunkte einer solchen Politik müssen insbesondere sein:

- die Entlastung des Mittelstandes von Steuern, Abgaben und Bürokratie und damit die Stärkung seiner Investitionsfähigkeit und -bereitschaft,
- die Sicherung der Investitionsfördermittel,
- die Sicherung der Unternehmensfinanzierung,
- die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskraft der Unternehmen,
- eine Offensive für Existenzgründungen,
- die weitergehende Entfesselung des Arbeitsmarktes von starren Regulierungen.

Im Einzelnen richtet sich das politische Hauptaugenmerk in der Wirtschaftspolitik der Sächsischen Union auf folgende Initiativen:

- Die Freiräume für privatwirtschaftliche Initiative müssen erweitert werden.
- Selbständiges und eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln hat Vorrang vor staatlicher Regulierung und Umverteilung.
- Leistung muss sich wieder lohnen!

Wir setzen uns ein für ein vereinfachtes Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen. Die Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung ist zu reduzieren.

Wir unterstützen ein positives Unternehmerbild und wollen die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Verantwortung stärken. Der Steuerflucht aus Deutschland ist entschieden entgegenzuwirken.

Der durch staatliche Maßnahmen erwirtschaftete Anteil am Bruttosozialprodukt (die so genannte Staatsquote) muss gesenkt werden, um private Initiativen und die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort zu steigern. Festgefahrene Strukturen wie Zwangsmitgliedschaften in Kammern und Verbänden müssen überprüft werden. Ebenfalls überprüft werden muss der Zwang zur Mitgliedschaft in einer der 35 Berufsgenossenschaften in Deutschland.

Für eine nachhaltige Investitionstätigkeit der Unternehmen in Sachsen wie auch für Neuansiedlungen brauchen wir einen längerfristig verlässlichen Förderrahmen. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, dass der Status der sächsischen Regionen als Ziel-1-Fördergebiet der Europäischen Union auch nach 2006 erhalten bleibt. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich durch eine entsprechende Finanzpolitik klar im Sinne der neuen Bundesländer zu positionieren.

Wir werden die bisherigen Schwerpunkte der Mittelstandsförderung beibehalten und durch verbesserte Bürgschaftsprogramme, Beteiligungsfinanzierung und verstärkte Einbeziehung alternativer Finanzierungsinstrumente die Mittelstandsfinanzierung unterstützen.

Die Kreditwirtschaft ist aufgefordert, auch weiterhin durch transparente und faire Bewertungskriterien bei der Kreditvergabe ihren Anteil dazu zu leisten. Die private Vermögensbildung einschließlich der Beteiligung von Arbeitnehmern am Betriebsvermögen ist mehr als bisher zu fördern. Die Eigenkapitalbildung in etablierten Unternehmen muss erhöht werden. Dies wird nachhaltig zu mehr Eigenständigkeit und Investitionsfähigkeit führen.

Sachsen wird als Industriestandort mit sehr gut ausgebildeten Fachkräften im globalen Wettbewerb weiter in der Offensive bleiben. Unsere Wirtschaft muss fit gemacht werden, um den wachsenden internationalen Herausforderungen und dem globalen Wettbewerb standhalten zu können. Die Innovationskraft der Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes Sachsen im Allgemeinen sind daher zu fördern. Wir setzen auf eine Politik, die die kleineren und mittleren Betriebe unterstützt, die klare betriebswirtschaftliche sowie wettbewerbs- und zukunftsorientierte Konzepte vorweisen.

Verwaltungsentscheidungen sind weiter mittelstandsfreundlich zu gestalten. Die Verwaltung ist Dienstleister für die Wirtschaft und soll Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen effektiv begleiten und unterstützen. Die Deregulierung ist voranzutreiben. Subventionen in überholte Strukturen sind abzubauen. Staatliche Förderung hat sich auf Hilfen bei Strukturwandel, Produktinnovation und Markterschließung zu konzentrieren.

Wir setzen auch weiterhin auf Technologieförderung als unverzichtbares Ansiedlungs- und Bleibeargument.

Schwerpunkte sehen wir auch zukünftig in den Bereichen Biotechnologie, Neue Materialien, Mikro- und Zukunftselektronik, Luft- und Raumfahrttechnik sowie Oberflächen- und Schichttechnologien.

Die Zusammenarbeit zwischen der sächsischen Wirtschaft und dem Wissenschafts- und Forschungsbereich muss verstärkt und die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen weiter erhöht werden. Sanktionsmaßnahmen gegen Wirtschaftsunternehmen, wie insbesondere die Ausbildungsplatzabgabe, lehnen wir jedoch entschieden ab. Ziel ist eine bedarfsorientierte Ausbildung mit flexiblen Ausbildungszeiten. Die Ausbildung insbesondere im Technik- und Hochtechnologiebereich muss besonders gefördert werden. Des Weiteren setzen wir auf eine bessere Fachkräftesicherung.

Um den grenznahen Raum zu stärken, werden wir durch konkrete Hilfestellungen die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Unternehmen befördern. Dazu gehört auch die weitere besondere Unterstützung der Grenzregionen des Freistaates. Dem dort zu verspürenden Anpassungsdruck, im Zuge der EU-Erweiterung, muss mit einer Grenzlandförderung begegnet werden. Die Sächsische Union wird sich beim Bund und der Europäischen Union dafür einsetzen. Wir unterstützen auch weiterhin die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA. Die deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Kontaktzentren haben sich bewährt und müssen weiter ausgebaut werden.

Die Sächsische Union wird sich auch zukünftig für verbesserte Rahmenbedingungen für die Bildung strategischer Netzwerke stark machen. Insbesondere gilt dies für die

Fortführung und Intensivierung der Verbundinitiative „Automobilzulieferer Sachsen 2005“ (AMZ) sowie der Verbundinitiativen „Medizintechnik“ und „Maschinenbau“. Wir werden darüber hinaus die Etablierung von Verbundinitiativen für die Bereiche Elektronik, Luft- und Raumfahrt, Bahntechnik sowie Waggonbau fördern.

Hauptziel der Sächsischen Union ist auch weiterhin der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die Schaffung zusätzlicher, zukunftssträchtiger Arbeitsplätze. Auf die drängenden Probleme insbesondere auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sind neue Wege und Antworten in der Beschäftigungs- und Lohnpolitik zu finden.

Konjunkturaufschwung und wirtschaftliches Wachstum sowie herkömmliche arbeitsmarktpolitische Instrumente allein reichen nicht aus, um die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen. Wir müssen die Strukturen nachhaltig ändern, damit Wachstum zu mehr Beschäftigung führt. Die Kosten des Faktors Arbeit sind zu senken.

Wir treten daher für eine vernünftige Lohnpolitik ein, die sich am Produktivitätsgrad der Unternehmen ausrichtet. Die Lohnentwicklung muss sich am tatsächlich durch technischen Fortschritt bedingten Produktivitätswachstum orientieren.

Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist flexibler zu gestalten. Eine hohe Regelungsdichte, die den regionalen wirtschaftlichen Unterschieden nicht hinreichend Rechnung trägt, hemmt die Beschäftigung und wirkt einstellungsfeindlich. Deregulierung und Flexibilisierung sind daher zu fördern.

Der Kündigungsschutz muss neu geregelt werden. Die rechtliche Absicherung des Arbeitsplatzes darf sich nicht länger zu Lasten der Arbeitslosen als dauerhaftes Zugangshemmnis zum Arbeitsmarkt auswirken.

Die Befristungs- und Teilzeitregelungen in Arbeitsverträgen müssen sich künftig verstärkt den betrieblichen Bedürfnissen anpassen. Hemmnisse für die Einstellung junger Frauen sind zu beseitigen.

Das bislang geltende System des Flächentarifabschlusses ist auf den Prüfstand zu stellen. Die Sozialpartner sind aufgefordert, die in ihrem Bezirk abzuschließenden Tarifverträge den regionalen Erfordernissen anzupassen. Dies muss die Möglichkeit für Firmen beinhalten, eigene Vereinbarungen auf Betriebsebene zu treffen, soweit betriebliche Belange dies erfordern. Die Allgemeinverbindlicherklärung von Pilotabschlüssen für tariflich nicht gebundene Unternehmen lehnen wir ab.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Unser Ziel ist es, den Arbeitsmarkt auch wieder für die einfache Erwerbsarbeit zu öffnen und sie sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber attraktiv zu machen. Transferempfänger, insbesondere Langzeitarbeitslose auch mit geringerer Qualifizierung, sollen die Chance erhalten, dauerhaft wieder in ein geregeltes Erwerbsleben zurückzukehren. Die Sächsische Union tritt daher für eine höhere Lohnspreizung und -flexibilisierung ein. Dem Lohndruck auf ostdeutsche Unternehmen, insbesondere durch die EU-Osterweiterung, müssen wir effizient begegnen, indem wir die Lohnkosten für die Unternehmen senken. Die Einführung eines generellen Niedriglohnsektors Ost lehnen

wir ab. Durch eine flexible Lohngestaltung schaffen wir insbesondere in den weniger produktiven Arbeitsbereichen wieder mehr Freiraum für Unternehmer, zusätzlich einzustellen.

Eine große Chance sehen wir dabei in der aktivierenden Sozialhilfe, mit der wir Anreize für Arbeit statt Nicht-Arbeit setzen. Statt der Lohnersatzleistungen, die arbeitslose Menschen von der Teilhabe am Arbeitsprozess dauerhaft ausschließen, sollen sie Lohnkostenzuschüsse erhalten. Indem wir niedrige Löhne zulassen und durch staatliche Bezuschussung attraktiver gestalten, erhöhen wir die Chancen auf neue und dauerhafte Arbeitsplätze.

Die im Vermittlungsausschuss im Dezember 2003 durchgesetzten gesetzlichen Neuregelungen zum Abbau von Hemmnissen am Arbeitsmarkt haben einige wichtige Verbesserungen in diesem Sinne gebracht, greifen aber insgesamt noch zu kurz. Weitere Schritte zur Flexibilisierung des Arbeitsrechtes sind erforderlich.

3. Familienpolitik

Sachsen - Land mit Zukunft!

Eine familienfreundliche Politik ist ein Markenzeichen der Sächsischen Union. Die Zukunft können wir nur sichern, wenn Menschen sich in unserem Land für Familie und Kinder entscheiden.

Für uns ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder oder Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Mit unserer weitsichtigen Familienpolitik werden wir die Rahmenbedingungen schaffen, die die Entscheidung für Familie und Kinder begünstigt. Eltern, die Kinder erziehen, sollen nicht schlechter gestellt werden als Menschen ohne Kinder. Wir brauchen daher mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Familie an sich und für die, die die Erziehungsleistung erbringen. Wir wollen die **Familien** auch weiter entlasten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Im Steuerrecht und im Sozialversicherungsrecht muss ein Familienlastenausgleich stattfinden, der bisher nur teilweise verwirklicht ist. Dies ist vor allem eine Aufgabe der Bundespolitik.

Wir haben in Sachsen viel erreicht!

Der Freistaat hat ein vorbildliches flächendeckendes Kindertagesstättenetz mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten auf der Grundlage des mehrfach weiterentwickelten Sächsischen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, das nun auch die Tagespflege als neue Betreuungsform fest schreibt. Der Freistaat hat mit die höchsten Ausgaben aller Flächenländer. 2004 werden wir allein dafür ca. 247 Millionen Euro ausgeben. In Zukunft soll

auch gemeinsam mit den Unternehmen die Zahl der Betriebskindergärten deutlich erhöht werden; ein weiterer Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kinderbetreuung hat für uns weiterhin eine oberste Priorität; von daher wird es auch keine Abstriche beim Sächsischen Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen geben.

Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer, die am Landeserziehungsgeld weiterhin festhalten und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerecht stärkt. Die familienpolitischen Rahmenbedingungen müssen im Freistaat Sachsen erhalten und zukunftssicher gemacht werden. Die Verbesserung der Wiedereingliederung von Frauen und Männern nach dem Erziehungsurlaub ins Berufsleben ist ein zentrales Anliegen der Sächsischen Union. Dabei richtet sich unser Augenmerk auf die Entwicklung von familienergänzenden Angeboten.

Wir entwickeln eine neue Qualität in den Kindertagesstätten über die Ausgestaltung des neuen Sächsischen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen mit seinen Bildungs- und Erziehungszielen.

Die Sächsische Union schafft weiterhin Angebote in der Vorschulerziehung und -bildung über eine verbesserte Schuleingangsphase.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bildung und Vernetzung von Familienzentren, auch mit den Kitas zur Stärkung der Familienkompetenz, die den regionalen Besonderheiten entsprechen. Wir wollen auch weiterhin der Tatsache Rechnung tragen, dass der Förderung von **Familien** auch mit Blick auf die Sicherung der sozialen Leistungssysteme eine Schlüsselposition zufällt.

Eine konsequente Familienpolitik, die den Partnern die Wahl- und Kombinationsfreiheit zwischen Familie und Beruf ermöglicht, ist eine Voraussetzung dafür, die vorhandenen Benachteiligungen der **Frauen** am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft abzubauen. Die Sächsische Union will die Gleichstellung der Frauen im staatlichen Bereich, aber auch in der privaten Wirtschaft weiter stärken. Eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ist nicht nur ein Auftrag des Grundgesetzes, sondern liegt im wohlverstandenen Interesse aller.

Gerade eine Gesellschaft, die kleiner und älter wird, muss die Fähigkeit und das Engagement aller zur Entfaltung bringen. Benachteiligungen und geringere Chancen von Teilen der Bevölkerung werden wir nicht hinnehmen.

Senioren haben durch ihre Lebensleistung mit für unseren Wohlstand gesorgt. Sie haben deshalb den Anspruch, von der jüngeren Generation solidarisch unterstützt zu werden.

Wir haben für eine Verbesserung der Altenpflegeausbildung gesorgt. Der Freistaat Sachsen hat am 1. August 2003 die Altenpflegeverordnung in Kraft gesetzt. Damit wird mindestens 600 jungen Menschen eine entsprechende qualifizierte Ausbildung im Pflegebereich ermöglicht. Die Absicherung der Pflege ist für uns auch in der Zukunft von hoher Bedeutung. Ganz besonders gilt dies vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen.

Es wurden attraktive Wohnplätze für ältere Mitbürger geschaffen, in denen sie ambulant und vorstationär betreut und versorgt werden können. Die ambulante Pflege im gewohnten Lebensbereich hat bei uns Vorrang vor der stationären Pflege. Die Sächsische Union wird auch künftig

ihrer Verantwortung gegenüber der älteren Generation mit Nachdruck nachkommen.

Um auch im Alter ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen, sollen die ambulanten Dienste ausgebaut und das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Damit ermöglichen wir unseren pflegebedürftigen **Senioren** ein Leben in ihrer gewohnten Umgebung.

Wir stehen für die Unterstützung unserer Kinder und **Jugendlichen**. Dabei dürfen wir aber nicht verkennen, dass der weitaus überwiegende Teil der Jugendarbeit vorwiegend ehrenamtlich in Vereinen, Organisationen u.a. geleistet wird: Zur Nachwuchsgewinnung als Jugendarbeit; zum Teil auch in staatlich initiativer Kooperation zwischen Schule und Verein. Ohne diese vielfältige und segensreiche Arbeit wäre der Staat und die Gesellschaft überfordert. Neben der Einführung der Jugendpauschale und des Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder bis zur Einschulung haben wir als ergänzende Jugendsozialarbeit eine bedarfsgerechte Jugendförderung und ein jugendpolitisches Programm auf den Weg gebracht. Wir wollen uns auch weiterhin dieser Verantwortung stellen.

Unser Anliegen ist es auch, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Wir können in diesem Zusammenhang auf eine durchaus erfolgreiche Ausbildungsplatzförderung verweisen. Dies gilt es, bedarfsgerecht fortzuführen.

Jugend, Senioren und Familie stehen auch weiterhin im Mittelpunkt unserer Politik. Die Verantwortung der Generationen füreinander muss weiter gestärkt werden.

4. Sozial und Gesundheitspolitik

Die Politik der Sächsischen Union ist geprägt von Solidarität und menschlichem Für- und Miteinander. Menschen, die durch Krankheit, Behinderung, Alter oder Schicksalsschläge auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, müssen sich darauf verlassen können, dass sie nicht alleine gelassen werden und dass ihnen geholfen wird.

Die Sächsische Union setzt sich ein für mehr Selbstverantwortung des Einzelnen über ein gutes Netz an Beratungsangeboten.

Für durch Behinderungen benachteiligte Menschen wurde in den letzten Jahren Vieles geleistet. Unser gemeinsames Motto: Nicht ausgrenzen, sondern mitten in der Gesellschaft leben! In Sachsen wurde ein flächendeckendes Netz von Wohn- und Arbeitsstätten und entsprechende Betreuungsangebote und Hilfemaßnahmen geschaffen. Ein wichtiger Beitrag ist auch unser Gesetz über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche. Neben den Blinden erhalten hochgradig Sehschwache, Gehörlose und schwerstbehinderte Kinder einen Nachteilsausgleich. An diesem Gesetz wird es auch in Zukunft keine Abstriche geben! Es ist ein zentrales Anliegen der Sächsischen Union, diese Politik für Menschen mit Behinderungen auch in Zukunft fortzusetzen. Um eine gleichberechtigte Teilnahme Behinderter zu sichern, brauchen wir keine neuen Gesetze, sondern eine Veränderung in den Köpfen Nichtbehinderter und untergesetzliche Regelungen im Vollzug. Dem stellen wir uns!

Die Sächsische Union tritt für einen solidarischen und verantwortungsvollen Umgang mit behinderten Menschen im

Alltag ein. Menschen mit Behinderungen sichern wir auch weiterhin volle Unterstützung zu, um ihnen einen gleichberechtigten Stellenwert in unserer Gesellschaft zu verschaffen. Die soziale Integration von Menschen mit Behinderungen ist nicht durch gesetzliche Bestimmungen und Regelungen zu erreichen, vielmehr müssen Vorurteile abgebaut und Verständigung gesucht werden. Diese Eingliederung in ein gemeinschaftliches Leben ist eine ständige Anstrengung für die gesamte Gesellschaft. Dazu leistet die CDU in Sachsen ihren Beitrag auch weiterhin.

Die Altersstruktur der Bevölkerung und damit auch Umfang und Anforderung an die medizinische Versorgung verändern sich. Die bisherigen Systeme müssen diesen Veränderungen angepasst werden. Wir brauchen echte Reformen und langfristig tragfähige Konzepte, um auch in Zukunft das medizinisch Notwendige für alle Menschen gewährleisten zu können – unabhängig von Alter, Geschlecht, finanzieller Leistungsfähigkeit oder gesundheitlichem Zustand. An Reformen führt kein Weg vorbei.

Gesundheitspolitik ist mehr denn je durch eingreifende Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung gekennzeichnet. Wir setzen die Prioritäten richtig und versuchen das Gesundheitswesen in Sachsen bestmöglich zu stärken. Neben der Forderung an die rot-grüne Bundesregierung, den Ärzten als Freiberuflern zu ermöglichen, ihre Praxen wirtschaftlich zu führen, werden wir eigene Konzepte entwickeln, um dem Ärztemangel im Freistaat entgegenzutreten. Um das Gesundheitssystem zu festigen, setzen wir uns auch weiterhin für den Erhalt des Apothekers als freien Beruf ein. Es macht keinen Sinn, die freien Berufe im Gesundheitswesen durch quasi Staatsbeschäftigte zu ersetzen!

Die Sächsische Union wird sich auch in Zukunft weiterhin für ein leistungsfähiges und modernes Gesundheitswesen stark machen. Eine Politik, die den Stand der Freien Berufe im Gesundheitswesen beeinträchtigt, ist mit uns nicht zu machen.

Die Sächsische Union setzt sich für ein Gesundheitssystem ein, welches auch bei veränderter Altersstruktur der Bevölkerung finanzierbar bleibt, die Aufwendungen des medizinischen Fortschritts gerecht zuordnet und dabei die Arbeitskosten nicht übermäßig belastet. Wichtiges Anliegen dabei ist es auch, Menschen mit geringen Einkommen ausreichende Gesundheitsvorsorge zu sichern.

Künftig ist jeder Bürger stärker gehalten, selbst für seine soziale Absicherung vorzusorgen. Hierzu muss jedoch der Einzelne die Möglichkeit erhalten. Der Staat ist insofern in der Pflicht, die Belastungen der Menschen durch Steuern und Abgaben zu senken, damit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um wirkungsvoll Vorsorge gerade in den Bereichen Gesundheit und Rente betreiben zu können.

Wir wollen die Menschen wieder in die Lage versetzen, eigenverantwortlich zu handeln. Daher setzt sich die Sächsische Union für ein einfaches Steuerrecht mit niedrigeren Steuersätzen ein und wird weiterhin eine verantwortungsvollen Finanzpolitik mit wenig Verschuldung der öffentlichen Hand tragen. Selbstverständlich sind Beiträge zur Vorsorge entsprechend steuerlich zu berücksichtigen. Die Besteuerung von Rentenbeiträgen und Lebensversicherungen ist der falsche Weg.

Der Mangel an Ärzten, besonders im ländlichen Raum, und Fachkräften im Gesundheitswesen stellt auf Dauer ein Problem dar, das wir nicht vernachlässigen dürfen. Die

Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung bleibt ein Grundanliegen der Sächsischen Union.

5. Innere Sicherheit

Freiheit in Sicherheit – elementares Grundbedürfnis der Menschen.

Schutz des Bürgers

Aus dem staatlichen Gewaltmonopol folgt die Pflicht des Staates, die innere Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. Der Schutz vor Kriminalität, die Verhinderung von Straftaten und ihre Aufklärung, die Ahndung von Verbrechen sowie der Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Ohne Sicherheit gedeiht keine Freiheit. Ohne Freiheit entsteht keine Solidarität. Sicherheit ist ein wichtiger Faktor – nicht zuletzt auch für den Wirtschaftsstandort Sachsen!

Die Position der Sächsischen Union ist eindeutig: Null Toleranz gegenüber Straftätern. Die Sächsische Union steht für eine konsequente Politik zum **Schutz des Bürgers** und für eine wehrhafte Demokratie ein. Die Menschen sollen sich in unserem Land ohne Angst vor Verbrechen sicher und zu Hause fühlen.

Der Rechtsstaat wahrt Maß und Ziel durch die Durchsetzung des geltenden Rechts und durch fairen und schnellen Rechtsschutz. Nachgiebigkeit oder gar Feigheit gegenüber Verbrechern führt zu Unsicherheit und bedeutet einen Verlust der Freiheit der rechtstreuen Menschen. Die Sächsische Union erteilt allen Versuchen, notwendige Maßnahmen gegen Gewalt, Kriminalität, Extremismus und Terrorismus als „Wege in einen Polizeistaat“ zu diffamieren, eine klare Absage. Wir sind dafür, alle rechtsstaatlich zulässigen Mittel

konsequent zum Schutz des Bürgers und seines guten Rechts einzusetzen.

Terroranschläge – eine neue Dimension

Die terroristischen Anschläge in den USA, Madrid und anderswo in der ganzen Welt haben eine neue Dimension der Bedrohung deutlich gemacht. Darauf gibt es keine einfache und schnelle Antwort. Aber auch die Landespolitik hat hier eine Aufgabe.

Mit dem Gesetz über die Sächsische Wachpolizei, der Änderung des Sächsischen Polizeigesetzes und des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes wurden schnell und konsequent die erforderlichen Folgerungen aus den Terroranschlägen des 11. September 2001 gezogen und die Innere Sicherheit erhöht. So haben wir u. a. die übrige Vollzugspolizei wirksam von Objektschutzaufgaben entlastet, die Befugnisse der Polizei zur vorbeugenden Identitätskontrolle erweitert und dem Verfassungsschutz auch die Aufgabe der Beobachtung der Organisierten Kriminalität übertragen.

Sächsische Union – Partei der Inneren Sicherheit

Die Sächsische Union ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit. Sie ist Anwalt des Bürgers gegen das Verbrechen, Fürsprecher der Polizei und der übrigen Sicherheitsbehörden, der Staatsanwaltschaften, der Justiz und des Justizvollzugs. Wir halten klaren Kurs: konsequent für Verbrechensbekämpfung und für Kriminalitätsvorbeugung. Die Sächsische Union hat den hoch entwickelten Brand- und Katastrophenschutz und den Rettungsdienst weiter verbessert und die Kompetenzen der Rettungskräfte gestärkt. Mit alledem

untrennbar verbunden sind gute rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen für diejenigen, die die Innere Sicherheit im Freistaat garantieren.

Innere Sicherheit hängt ganz wesentlich von einem funktionierenden, motivierten **Öffentlichen Dienst** ab. Die Qualität des Öffentlichen Dienstes, das heißt die Geeignetheit, die Befähigung und die dienstliche Leistung der Bediensteten, ist ein wichtiger Standortvorteil für den Wirtschaftsstandort Sachsen und trägt damit zu einer guten Entwicklung des Landes bei.

Moderne leistungsfähige Justiz

Die Rechtspolitik im Freistaat Sachsen ist wertgebunden und wertorientiert.

Freiheit ist nur dort wirklich möglich, wo der Bürger sich gegen eine vom Recht nicht erlaubte Inanspruchnahme vor einem unabhängigen Gericht effizient zur Wehr setzen kann. Dies wird wesentlich durch die **Justiz** gewährleistet. Sie macht das Recht im gesellschaftlichen Alltag für den Bürger erfahrbar.

Sachsen hat im bundesweiten Vergleich eine funktionierende, gut ausgebaute Justiz. Ihre Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, ist eine dauerhafte Aufgabe. Wir wollen in unser aller Interesse eine schnelle Rechtsprechung. Die Justiz bedarf auch weiterhin angemessener Rahmenbedingungen für die Gewährung von Recht in überschaubaren Verfahrenszeiten.

Sicherheit in sächsischen Kommunen und Regionen

Verhütung von Kriminalität geht alle an. Auf der örtlichen Ebene, dort wo Kriminalität entsteht und sich zuerst auswirkt, müssen die Ursachen und kriminalitätsfördernden Umstände bekämpft werden. Dies muss im vernetzten Zusammenwirken aller für die Erziehung und das gesellschaftliche Zusammenleben Verantwortung Tragender erfolgen. Die Sächsische Union setzt sich für eine von Kommunen, Polizei, Schulen, Wirtschaft, Jugend- und Sozialarbeit, Kirchen, Vereinen, Verbänden und nicht zuletzt von der gesamten Bürgerschaft getragene kommunale **Kriminalprävention** ein.

Bewährt haben sich kommunale Kriminalprävention und kriminalpräventive Räte in Gemeinden und Städten sowie das Aktionsprogramm „Sichere Sächsische Städte“. Die Sächsische Sicherheitswacht ist eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Bürgern. Im Rahmen der Nachbarschaftshilfe unterstützen sich die Bürgerinnen und Bürger bei der Kriminalitätsvorbeugung. Dies gilt es fortzuentwickeln.

Erfolgreiche Kriminalprävention muss schon bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden ansetzen. Dabei fällt den Eltern und den Schulen die wichtigste Aufgabe zu.

Traditionelle Tugenden und Werte, wie Höflichkeit, Aufrichtigkeit, Disziplin und Kameradschaft sowie die Achtung des Mitmenschen muss wieder eine stärkere Bedeutung beigemessen werden.

Im Rahmen einer umfassenden Prävention setzen wir dabei auf:

- Aufklärungskampagnen zu Gewalt und Drogen,
- Rechtskunde in den Schulen,
- Einübung von Konfliktbewältigungsstrategien,

- Aktive Jugendarbeit durch Verbände, Vereine, Sport und Kirchen.

Insgesamt soll das Sicherheitsempfinden unserer Mitbürger in ihrer sächsischen Heimat gesteigert werden. Das wollen wir weiter fördern durch:

- Vorbeugung durch Information,
- spezielle Präventionsprogramme für Senioren,
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gerade durch Aufmerksamkeit, Rat und Unterstützung im Rahmen der Nachbarschaftshilfe.

Rechtsbewusstsein schärfen

Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen und in breitem Maße bagatellisiert werden (zum Beispiel Leistungerschleichung, Ladendiebstahl, unerlaubte Schmierereien an Wänden und Mauern). Hemmschwellen werden damit gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und kriminelle Karrieren begünstigt. Dies ist ein falsches Signal gerade gegenüber Kindern und Jugendlichen.

Durch abgestimmte Verfahrensweisen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Bearbeitung von Fällen der Kleinst- und Massenkriminalität zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Sicherheitsstandort Sachsen

Der Freistaat Sachsen ist ein sicheres Land. Wir haben mehr Lebensqualität durch eine hohe polizeiliche Präsenz und eine

konsequente Strafverfolgung. Das hohe Sicherheitsniveau darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die veränderte sicherheitspolitische Weltlage auch Sachsen mit neuen kriminellen Bedrohungen und Herausforderungen konfrontiert. Es ist daher das Ziel der Sächsischen Union, auch neue Formen der Kriminalität im Freistaat Sachsen weiter zurückzudrängen. Die durch Kriminalität entstehenden Belastungen für die Bevölkerung wollen wir so gering wie möglich halten. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat ihre Sicherheit gewährleistet.

Der Freistaat Sachsen verfügt über eine gut ausgebildete und motivierte Polizei. Ihre Arbeit für die Sicherheit der Bürger verdient unseren Dank! Die sächsische Polizei ist bürgernah und trägt durch ihre Präsenz erheblich zum Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Land bei. Wir wollen die Polizei in diesem Sinne zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Mit einer konsequenten Gesetzgebung haben wir die sächsischen Handlungsinstrumentarien für die Innere Sicherheit fortentwickelt. Wir stehen zu unserer Polizei!

Die Sächsische Union misst der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien eine hohe Bedeutung bei.

Dabei spielt die grenzüberschreitende Kriminalitätsvorbeugung und -verhinderung eine herausragende Rolle.

Unsere besondere Sorge gilt der Zunahme der Organisierten Kriminalität. Bei ihrer Bekämpfung kommt der Abschöpfung von Verbrechensgewinnen eine besondere Bedeutung zu.

Wirksamer Opferschutz

Menschen, an denen kriminelles Unrecht begangen wurde, sind Opfer. Jährlich zählen die Statistiken Millionen Menschen in Deutschland als Opfer. Die Sächsische Union hat von jeher Opferschutz vor Täterschutz gestellt. Dies gilt es fortzuführen und auszubauen!

Wir wollen eine Verbesserung der bisher schon gesetzlich festgeschriebenen Rechte für Opfer. Für sie ist es wichtig, mit ihrem Anliegen ernst genommen, in ihrer Rolle als Opfer verstanden zu werden und Informationen, zum Beispiel über den Fortgang des Verfahrens, über Opferschutz, Opferentschädigung und Opferhilfeeinrichtungen, zu erhalten.

Viele Opfer hoffen auf eine nachhaltige und zügige Wiedergutmachung ihres Schadens. Es muss darauf hingewirkt werden, dass das Adhäsionsverfahren im Strafprozess verstärkt angewandt wird. Damit bliebe dem Opfer ein gesonderter Zivilprozess erspart.

Der Täter-Opfer-Ausgleich und die Opferentschädigung müssen Vorrang vor Verhängung von Geldbußen haben.

Wirksamer Schutz der Bevölkerung

Während der Flut im August 2002 haben wir wieder gelernt, wie wichtig die Feuerwehren, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz sowie deren Zusammenwirken mit der Bundeswehr sind. Alle haben sich großartig bewährt.

Mit dem neuen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz haben wir die wichtigsten

gesetzgeberischen Schlussfolgerungen umgesetzt. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Dazu gehören zum Beispiel:

- Stärkung von Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst im Freistaat Sachsen,
- Schaffung eines modernen Alarmierungssystems zur Warnung der Bevölkerung durch Sirenen und andere geeignete Informationstechnik,
- Einführung eines digitalen Kommunikationsnetzes,
- Gewinnung von Helfern durch Stärkung des Ehrenamtes,
- weitere Stärkung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit.

Die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der Katastrophenschutzzüge wird der Freistaat Sachsen auch künftig anerkennen und fördern. Dabei muss die Jugendarbeit besonders unterstützt werden. Die Jugendfeuerwehr und die Jugend im Rettungsdienst sind die solide Grundlage für den künftigen wirksamen Schutz der Bevölkerung.

6. Innen-, Kommunal- und Infrastrukturpolitik

Sachsen vor Ort gestalten – für eine lebenswerte Heimat mit Zukunft.

Starke Kommunen – Starker Freistaat

Die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen ist Ausgangspunkt der positiven Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Die kommunale Ebene bestimmt letztlich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche, bauliche und demographische Entwicklung in Sachsen. In den Städten und Dörfern unserer Regionen finden die Bürger ihre eigentliche Heimat, ihr eigenes persönliches Umfeld. Dort muss Politik mit Leben erfüllt werden.

Die Sächsische Union ist und bleibt der verlässliche politische Partner für die Kommune und Garant der kommunalen Selbstverwaltung. Mit unserer Politik setzen wir uns ein für bürgerfreundliche, lebens- und leistungsfähige, moderne und schlank verwaltete Kommunen. Wir wollen, dass unsere Landkreise, Städte und Gemeinden mehr Verantwortung mit einem größtmöglichen Handlungsspielraum wahrnehmen können.

Der demographische Wandel ist für uns die zentrale politische Herausforderung der Zukunft. In Sachsen fehlen Kinder und Jugendliche. Zudem nimmt die allgemeine Lebenserwartung stetig zu. Es gilt, den notwendigen strukturellen Anpassungsprozess zu gestalten und Antworten auf die drängenden Fragen und die politischen Konsequenzen zu finden. Diesen Herausforderungen stellen wir uns.

Kommunen stärken!

Die Kommunen haben sich als stabile Eckpfeiler unseres Staatswesens erwiesen. Wir wollen Sie weiter stärken. Die Sächsische Union steht für eine konsequente Stabilisierung und Sicherung der **kommunalen Selbstverwaltung**. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Prinzip der Subsidiarität. Dazu gehört, dass wir auch weiterhin für einen ausreichenden finanziellen Spielraum sorgen werden, damit die Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben weitestgehend eigenverantwortlich wahrnehmen können.

Es steht für uns außer Zweifel, dass bei der Erledigung der Verwaltungsaufgaben größtmögliche Bürgernähe und Transparenz selbstverständlich sind. Das betrifft auch die Staatsverwaltung mit ihrer Aufsichts-, koordinierenden und fördernden Funktion. Wir wollen den Prozess der Restrukturierung von Regierungspräsidien und staatlichen Ämtern in diesem Sinne weiter fortsetzen.

Die Sächsische Union tritt für einen schlanken, einsatzfähigen Staat ein. Wir wollen eine schnelle und leistungsfähige Verwaltung, die die Probleme vor Ort nicht nur verwaltet, sondern die gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen sucht.

Die Gemeinden sind zukünftig stärker gefordert, gemeinsam und im Verbund mit ihren Nachbargemeinden Vorhaben von überregionaler Bedeutung zu planen. Gleiches gilt auch bei der Aufgabenerledigung. Daher ist die Vernetzung von Fachwissen und finanziellen Mitteln weiter voranzutreiben.

Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage will die Sächsische Union einen effektiven Einsatz des Personals. Wir

brauchen im öffentlichen Dienst länderspezifische Regelungen, die die notwendigen Anpassungen im Beamten- und Arbeitsrecht flexibel möglich machen. Unsere Staatsaufgaben müssen wir kritisch hinterfragen und mehr Mut zu deren Ausgliederung, zu Privatisierung oder Teilprivatisierung aufbringen.

Die Sächsische Union will verstärkt staatliche Verwaltungsaufgaben auf die kommunalen Ebenen verlagern. Unser Ziel ist es, durch den Abbau verzichtbarer Standards die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen zu erhöhen. Der weiteren Abnahme der Bevölkerung als Teil des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Absinken des Steueraufkommens muss auch im kommunalpolitischen Bereich Rechnung getragen werden. Mögliche Einsparungen, etwa in der Kommunalverwaltung oder beim Rettungsdienst, dürfen dabei nicht zu Qualitätseinschnitten bei der Versorgung der Bevölkerung führen.

Die Sächsische Union drängt auf eine zügige Durchführung einer nachhaltigen und den demographischen Herausforderungen gerecht werdenden Gemeindefinanzreform. Die Planung und Durchführung kommunaler Aufgaben muss auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden.

Die Innenstädte stärken

Bevölkerungsrückgang und Neubau führten insbesondere seit Ende der 90er Jahre zu über 400.000 leer stehenden Wohnungen. Dieser Herausforderung haben wir uns durchaus erfolgreich gestellt. Dabei haben wir den notwendigen Umdenkprozess in der sächsischen Städtebau- und

Wohnungspolitik durchgestanden. Wir ermuntern die Städte und Gemeinden beim Stadtumbau zu kreativen Lösungen.

Wir haben die notwendigen Rahmenbedingungen für den erforderlichen **Stadtumbau** und für die Bereinigung des sächsischen Wohnungsmarktes geschaffen und die notwendigen gesetzgeberischen Initiativen mit Nachdruck begleitet. Auf Bundesebene forderten wir Nachbesserungen im Altschuldenhilfegesetz ein. Existenzgefährdeten Wohnungsunternehmen soll auf diese Weise beim Abriss von leer stehenden Wohnungen eine weitere Teilentlastung auf ihre Altschulden gewährt werden. Wir haben uns erfolgreich für die Einführung der Verwertungskündigung eingesetzt, um den Unternehmen notwendige Abrissmaßnahmen zu erleichtern. Die Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes, das jetzt fusionierende Wohnungsunternehmen von der Grunderwerbsteuer freistellt und so im Einzelfall drohende Insolvenzen verhindern kann, ist nicht zuletzt auch auf die Initiative Sachsens zurückzuführen.

Die Förderprogramme zur Stadtsanierung wurden in den letzten Jahren erfolgreich weitergeführt. Der drohende Zerfall unserer Innenstädte konnte gestoppt werden. Im Gegenteil: Inzwischen sind die meisten Stadtzentren weitgehend erneuert. In Sachsen wohnt man wieder gern in Altbauten. Zahlreiche Kleinode haben sich wieder entwickelt und machen unsere Städte lebens- und liebenswert. Die Anzahl der Sanierungsgebiete ist zwischenzeitlich auf 297 angestiegen. Eine Vielzahl der Menschen konnte so ihrem Wohnumfeld eine neue Perspektive geben. Der Freistaat unterstützt dies auch weiter mit Förderprogrammen.

Attraktive Innenstädte mit einem reichhaltigen Angebot an bezahlbaren Wohnungen sind wichtige Faktoren, die für Sachsen sprechen.

Es lohnt für unsere Städte und Gemeinden auch in Zeiten knapper Kassen, den notwendigen kommunalen Eigenanteil aufzubringen, um mit Hilfe der Förderprogramme unsere historischen Stadtkerne weiter auf Vordermann zu bringen. Die Stadtsanierungsprogramme haben häufig eine Initialzündung zu vielfachem privatem Engagement ausgelöst. Dies wollen wir fortsetzen!

Sachsen mobil machen auf dem Weg in die Mitte Europas

Ein leistungsfähiges Straßennetz, ein funktionsfähiges Eisenbahnnetz und ein attraktiver ÖPNV sind entscheidende Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und für die Attraktivität unseres Landes in der erweiterten EU.

Wer heute in Sachsen unterwegs ist, sieht mit eigenen Augen die Erfolge unserer Infrastrukturpolitik. Der Ausbau der **Infrastruktur** war und ist auch weiterhin ein Markenzeichen und ein Schwerpunkt sächsischer Politik. Viel wurde erreicht: Die Autobahnen, die vor 1991 gebaut wurden, sind zu 85 Prozent saniert. Der Bau der A 17 Dresden–Prag schreitet voran, ebenso die A 38 – Südumfahrung Leipzig – und die A 72 zwischen Chemnitz und Leipzig. Dies gilt es zügig zu Ende zu bringen.

Über 3,2 Milliarden Euro sind seit 1991 in den Autobahnbau geflossen, weitere 2,0 Milliarden Euro in den Ausbau der Bundesstraßen und nochmals 1,7 Milliarden Euro in den Staatsstraßenbau. Dieses hohe Niveau wollen wir halten.

Die Verkehrswege in kommunaler Baulast konnten mit umfangreichen Fördermitteln von Bund und Land von rund 3,8 Milliarden Euro um- und ausgebaut werden. Über 50 Ortsumgehungen an Bundes- und Staatsstraßen wurden seither dem öffentlichen Verkehr übergeben und damit die Anwohner von Lärm und Gefahren weiter entlastet. Gerade der Bau von Ortsumgehungen hat für die Sächsische Union auch weiterhin eine hohe Priorität.

Sachsen ist ein Industrie- und Transitland. Wir sind angewiesen auf ein leistungsfähiges Straßennetz. Mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und der EU-Osterweiterung werden die Anforderungen an das Straßennetz weiter anwachsen. Autobahnen und Bundesstraßen sowie die Staatsstraßen müssen zu einem funktionstüchtigen Netz weiter ausgebaut und zusammengeführt werden.

Sachsen als Land mit der höchsten Schienennetzdichte aller Bundesländer verfügt heute über ein Schienennetz von rund 2.700 km. Unser langfristiges Ziel ist der Erhalt dieses dichten Netzes und der rasche Aus- und Neubau, um insbesondere das Geschwindigkeitsniveau anzuheben.

Gleichzeitig engagiert sich die Sächsische Union für ein modernes ÖPNV-Netz mit modernen Fahrzeugen, umweltschonender Technik und vertakteten Fahrzeiten. Der Luftverkehr verfügt mit den Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden, sowie mit den zahlreichen Verkehrslandeplätzen über eine gut ausgebaute Infrastruktur.

Die Sächsische Union lehnt jegliche weitere Kanalisierung der Elbe oder gar den Bau von Staustufen kategorisch ab. Ebenso bekennt sich die Sächsische Union zur weiteren Förderung des Radverkehrs und wir wollen insbesondere die „Radverkehrskonzeption für Sachsen“ fortentwickeln.

Dem erfolgreichen Vorhaben der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ muss nun ein ähnlicher Aufgabenkatalog für „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ folgen. Unser Land braucht dringend zahlreiche weitere Grenzübergänge zu unseren Nachbarn in Polen und Tschechien, um so den anfallenden Verkehr zu bewältigen und den Warenaustausch zu befördern. Unser Ziel sind Grenzübergänge aller 10 Kilometer.

Neue Wege in Europa bauen

Sachsen ist am 1. Mai 2004 in die Mitte Europas gerückt. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir eine belastbare und effiziente **Infrastruktur!** Das gilt für die Verbindungen innerhalb des Freistaates als auch zu unseren Nachbarn. Nur so können wir mit den Veränderungen, die sich insbesondere mit der EU-Erweiterung ergeben, Schritt halten. Wir werden daher auch in Zukunft alles daran setzen, weitere Nachbesserungen im Vollzug des Bundesverkehrswegeplans zu erreichen. Die Zukunft Sachsens hängt in entscheidendem Maße von der Zukunftsfähigkeit der sächsischen Infrastruktur ab.

Wir setzen uns ein für ein nationales Bauprogramm „100 neue Brücken in der Grenzregion“, um die Vernetzung der sächsischen Grenzregionen mit unseren Nachbarn so schnell wie nur möglich wieder herzustellen. Die Zahl der Grenzübergänge wollen wir erhöhen, damit die Verkehrsströme und damit auch die Belastungen gerechter

verteilt werden: Alle 10 km soll Sachsen mit Polen und Tschechien über eine Straße verbunden sein. Das grenznahe Verkehrsnetz an Staats- und Kreisstraßen soll entsprechend ausgebaut werden.

7. Kunst-, Kultur- und Medienpolitik

Kulturland Sachsen – Tradition verpflichtet

Der Freistaat Sachsen zählt zu den dichtesten Kulturregionen in Deutschland und Europa. Sachsen ist ein **Kulturland** allererster Güte. Dieses einzigartige Erbe verpflichtet uns. Kunst und Kultur genießen im Selbstverständnis der Sachsen einen hohen Stellenwert. In kaum einem anderen Land wird die Kultur so bewusst und beständig gepflegt wie in Sachsen – vor allem über Kunst und Kultur identifizieren sich die Sachsen in ganz besonderer Weise mit ihrem Heimatland.

Sachsen lebt von der Kraft seiner Regionen. Neben den urbanen Zentren Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau sind das Vogtland, das Erzgebirge Mittelsachsen, die Sächsische Schweiz, das Elbland, die Oberlausitz und das Sorbische und Niederschlesische wichtige kulturelle Impulsgeber.

Kunst und Kultur sind als Ergebnisse menschlicher Kreativität und schöpferischer Leistung des Menschen Werte an sich. Sie sind deshalb auch mit der Bildung auf das engste verbunden. Kunst und Kultur sind gerade in einer wissensbasierten Gesellschaft wichtige geistige und intellektuelle Grundlagen und Rahmenbedingungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Kunst und Kultur sind zentrale Standortfaktoren: Nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen und vielfältigen kulturellen Einrichtungen, die in Geschichte und Tradition der jeweiligen Orte eingebettet sind, ist Sachsen ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Daneben tragen Kunst und Kultur über den Tourismus erheblich zu Sachsens Wirtschaftskraft bei.

Im Bundesvergleich nimmt Sachsen eine absolute Spitzenstellung ein: hinsichtlich der kulturellen Institutionen, ihrer historischen Bedeutung und dem allgemeinen Interesse, das ihnen entgegengebracht wird. Von 20 so genannten Blaubuch-Einrichtungen – dem Verzeichnis der wichtigsten gesamtstaatlich bedeutsamen Kultureinrichtungen der neuen Länder – befinden sich 8 in Sachsen. Die Attraktivität dieser „kulturellen Leuchttürme“ wollen wir weiter steigern, um auch dem Tourismus weitere Impulse zu geben.

Der Freistaat Sachsen fördert Kunst und Kultur jährlich mit etwa 350 Millionen Euro. Mit diesem Betrag liegt Sachsen in der Spitzengruppe der deutschen Länder (Platz 2 der Flächenländer bezogen auf die staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur). Zu diesen finanziellen Mitteln des Freistaates kommen noch erhebliche Aufwendungen der Kommunen und privater Träger hinzu.

Das Erfolgsmodell des Sächsischen **Kulturräumgesetzes** wurde im Sächsischen Landtag auf breiter Basis bis zum Jahresende 2007 verlängert. Damit sind Kontinuität, Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Klarheit für die Kulturräume, die sie tragenden Kommunen und die Kulturschaffenden sowie die kulturellen Initiativen vor Ort gewährleistet. Für diese gemeinsame solidarische Finanzierung eines reichhaltigen Kulturangebots in der Fläche des Freistaates Sachsen werden jährlich rund 76,7 Millionen Euro staatliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kulturräume können damit auf der beachtlichen Leistung aufbauen, die sie bei der Anpassung und Entwicklung der Kulturstrukturen des Landes bisher erbracht haben. Im Verlauf der 4. Legislaturperiode werden wir im Zusammenwirken mit den Beteiligten nach vernünftigen Anschlusslösungen suchen.

Mit den **Landesmuseen** und den Publikumsmagneten der Staatlichen Kunstsammlungen sowie dem Staatlichen Schauspiel- und Opernangebot hält der Freistaat ein attraktives staatliches Kulturangebot auf hohem Niveau bereit. Der Freistaat ist sich dabei seiner Verantwortung bewusst.

Die Förderung der ehemaligen Landes- und kommunalen **Musikschulen** mit ihren über 40.000 Musikschülern konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden. Dies wollen wir fortführen.

Kultur kostet nicht nur Geld, sie trägt auch Früchte – nicht nur als so genannter weicher Standortfaktor oder als Magnet für Tourismusströme. Wo kulturelle Spitzenleistungen erbracht werden, gibt es in aller Regel auch ökonomische Spitzenleistungen. Kulturförderung ist damit auch immer **Talente- und Wirtschaftsförderung**.

Der Erhalt und die Förderung des reichen kulturellen Lebens in Sachsen sind ein wichtiges Anliegen der Sächsischen Union. Kulturausgaben sind sinnvolle Investitionen in die Kreativität und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft. Die Sächsische Union steht für eine staatliche **Förderung**, die zuverlässig und planbar ist und möglichst ressourcensparend regional bewirtschaftet werden kann. Unser Ziel ist es, die finanziellen Möglichkeiten und die personellen Kompetenzen zu bündeln sowie private und behördliche Zuständigkeiten zusammenzufassen.

Moderner Medienstandort

Sachsen verfügt über eine äußerst vielfältige und

pluralistische **Medienlandschaft**. Neben einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es eine Reihe leistungsstarker privater Radiostationen, Ballungsraum-TV-Sender und über hundert Lokalfernsehanbieter.

Den erfolgreichen **Medienstandort Sachsen** wollen wir in den nächsten Jahren weiter stärken. Dabei geht es uns gleichermaßen um die Ansiedlung des privaten und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als auch des Zeitungs- und Verlagswesens. Gleichzeitig setzt sich die Sächsische Union uneingeschränkt für eine freiheitliche und demokratische Öffentlichkeit ein.

In den kommenden Jahren wird die Digitalisierung der Kommunikationswege gerade im Bereich von Rundfunk und Fernsehen weiter voranschreiten. Die Sächsische Union wird sich dafür einsetzen, dass im Freistaat Sachsen zügig die neuen Übertragungsnormen des DVB-T (terrestrisches Digital-Fernsehen) und DAB (digitales Radio) eingeführt werden. Dies bietet den Bürgern eine noch größere Programmviefalt und ermöglicht weiteres Wachstum im Medienbereich, da mit der Digitalisierung die Zeiten der Frequenzknappheit endgültig der Vergangenheit angehören.

Medien haben eine große Bedeutung, aber auch eine enorme Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Unter Medienpolitik verstehen wir die Unterstützung von Pluralität und Wettbewerb in allen Medienbereichen. Die Sächsische Union grenzt sich vehement gegen jede Art medialer Bevormundung ab und macht sich stattdessen für die Informationsfreiheit aller Bürgerinnen und Bürger stark. Deshalb treten wir auch für eine strikte Trennung von Politik und Medien ein. Dies gilt insbesondere für die

Eigentumsverhältnisse bei Medienkonzernen und Verlagshäusern.

Die Sächsische Union setzt sich für eine dringend notwendige Strukturreform des **öffentlich-rechtlichen Rundfunks** in Deutschland ein, um ihn langfristig zukunftsfähig und finanzierbar zu machen. Dies setzt voraus, dass die ungezügelter Programmvermehrung gebremst und der Funktionsauftrag der Sender genau definiert wird. So können nach unserer Auffassung die Bürgerinnen und Bürger am wirksamsten vor zu hohen Gebühren geschützt werden.

8. Sport/Vereine/Ehrenamt

Für eine solidarische Gesellschaft

Bürgersinn und persönliches Engagement für die Gemeinschaft sind unverzichtbare Elemente unseres Staatswesens. Das **Ehrenamt** ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Privates ehrenamtliches Engagement stärkt die bürgerliche Freiheit.

Mehr als ein Viertel der sächsischen Bürgerinnen und Bürger übernehmen vielfältige Aufgaben in kulturellen, sportlichen und karitativen Vereinen, Verbänden und Stiftungen. Wichtige Bereiche sind auch Justiz und der Naturschutz. Gerade das vielfältige Engagement im sozialen Bereich, wie Senioren, Jugend, Menschen mit Behinderungen zeigt, dass unser System stark vom Ehrenamt gestützt wird. Die Flutkatastrophe 2002 wäre ohne ehrenamtliches Engagement gerade im Feuerwehr- und Katastrophenschutzbereich nicht zu bewältigen gewesen. Ihr ehrenamtlicher Einsatz trägt wesentlich dazu bei, dass unsere Gesellschaft menschlich und solidarisch bleibt. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank!

Das freiwillige ökologische- und das soziale Jahr haben sich ebenfalls bestens bewährt.

Die Sächsische Union wird die ehrenamtlich und freiwillig Engagierten auch weiterhin fördern und unterstützen. Denn Freiheit und Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität, die im freiwilligen Engagement für die Gesellschaft zum Ausdruck kommen, gehören zu unserem Grundverständnis.

Die **Aktion 55** – ein Kind der Sächsischen Union – hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt. Wir werden an diesem

Förderprogramm auch in Zukunft festhalten. Allerdings werden wir es gemeinsam in einer Förderrichtlinie mit TAURIS und der Ehrenamtsförderung zusammenfassen. Durch die Bündelung der Förderprogramme wird nicht nur der Verwaltungsaufwand reduziert, sondern auch die Ungleichbehandlung (unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen und Aufwandsentschädigungen), die von vielen Teilnehmern als ungerecht empfunden werden, beseitigt. Insbesondere wird einem vielfach geäußerten Wunsch entsprochen, indem es zukünftig für die Förderung keine Altersbeschränkung mehr geben wird. Auf diese Weise wird der Personenkreis, der von den Förderungen profitieren kann, deutlich erweitert.

Sachsen ist eine erste Adresse für den **Sport**. Wir haben sehr gute Sportler, viele davon sind Olympiasieger und Weltmeister. Neue Sportstätten entstehen und alte werden modernisiert. Der **Breitensport** entwickelt sich durch das ungebrochene Engagement der Vereine und ihrer zahlreichen Ehrenamtlichen weiter.

Aus Sicht der Sächsischen Union leistet der Sport Herausragendes für unsere Gesellschaft. Wir wollen ihn deshalb weiter fördern und seine Bedeutung für die Gesellschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik noch mehr als bisher hervorheben. Das schließt vor allem ein, die bewährten **finanziellen Förderungen** im Schul-, Breiten-, Spitzen- und Behindertensport fortzusetzen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die weitere Verbesserung der Situation an unseren Sportstätten richten. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollen Zugang zu den vielfältigen Formen des Sports haben.

Wesentliches Merkmal des Sports ist und bleibt der Leistungsgedanke; wir bekennen uns zum Leistungsprinzip auch im Sport. Die Förderung des **Spitzensports** dient auch der Präsentation des Landes und eröffnet unseren Athletinnen und Athleten international Chancengleichheit. Gemeinsam muss es uns gelingen, unsere erfolgreichen Talente in Sachsen zu halten und weiter voranzubringen. Das im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung geschmiedete **Bündnis** aus Sport, Politik, Wirtschaft und Medien gilt es nun für andere Projekte im Freistaat zu nutzen.

9. Ländlicher Raum

Dörfer als Arbeits-, Lebens-, Integrations- und Kulturraum

Sachsens ländlicher Raum hat in den vergangenen 14 Jahren eine positive Entwicklung genommen. Straßen und Häuser wurden saniert und neu gebaut, neue Wohn-, Industrie- und Gewerbegebiete erschlossen und flächendeckend eine moderne Umweltinfrastruktur errichtet. Die Attraktivität unserer Dörfer hat deutlich gewonnen – sie sind schöner und lebenswerter geworden!

Im Zeitraum von 1991 bis 2001 wurden im Rahmen des sächsischen **Dorfentwicklungsprogramms** rund 104.000 Maßnahmen durchgeführt. Das gesamte Investitionsvolumen all dieser Maßnahmen beläuft sich auf 3,26 Milliarden Euro. Dies wollen wir fortführen.

Den Ländlichen Raum weiterhin stärken!

Dennoch wollen wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Nach wie vor verlassen zu viele junge, gut ausgebildete Menschen unsere ländlichen Räume. Das **Leitbild** vom Dorf als Wohnort und Arbeitsplatz sowie als Lebens-, Integrations- und Kulturraum ist in vielen Fällen noch nicht aufgegangen. Deshalb muss zukünftig der Schaffung von Arbeitsplätzen und Maßnahmen, die zur Erhöhung der Bleibebereitschaft beitragen, besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Die Erhöhung der Bleibebereitschaft setzt voraus, dass die Lebensqualität in den ländlich geprägten Räumen – trotz der Schrumpfungsprozesse – erhalten und weiter verbessert wird.

Dabei soll vor allem den Bedürfnissen junger Familien, z.B. hinsichtlich der Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Rechnung getragen werden.

Letztlich entscheidend ist aber das **Arbeitsplatzangebot**. Die knappen Finanzmittel zur Förderung des ländlichen Raums sollen deshalb vor allem auf die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert werden. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen, welche Produktionen oder Dienstleistungen für den regionalen Markt erbringen, sollen unterstützt werden. Ebenso sollen Wertschöpfungsketten, bei denen ein landwirtschaftlicher Betrieb am Anfang steht oder maßgeblich davon profitiert, zukünftig besser unterstützt werden.

Stärkung der Landwirtschaft – Stärkung des Ländlichen Raumes!

Die Landwirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum (48.500 Erwerbstätige in Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft). In einigen ländlichen Gebieten hängen über 50 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Landwirtschaft ist für den ländlichen Raum aber weit mehr als nur ein Arbeitgeber. Die Landwirtschaft hat über Jahrhunderte die Kulturlandschaft geformt. Die Attraktivität des ländlichen Raums ist das Produkt der seit Generationen auf dem Land lebenden und wirtschaftenden Bevölkerung. Landwirtschaft und ländlicher Raum sind deshalb untrennbar miteinander verbunden. Politik für den ländlichen Raum und Landwirtschaftspolitik bedingen einander.

Unser agrarpolitisches Ziel ist der Erhalt einer **flächendeckenden Landwirtschaft**. Dieses Ziel kann aber nur dann aufrechterhalten werden, wenn den Landwirtschaftsbetrieben auch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen eingeräumt werden, die den Betrieben eine nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen. Wir wenden uns deshalb gegen eine rot-grüne Agrarpolitik, die den deutschen Landwirten durch übersteigerte Anforderungen Wettbewerbsnachteile aufbürdet. Legehennen- und Schweinehaltungsverordnung, sind Beispiele für Wettbewerbsverzerrungen durch Auflagen der Bundesregierung. Die Sächsische Union wird alle ihr gebotenen Möglichkeiten nutzen, gegen diese verfehlte rot-grüne Agrarpolitik vorzugehen.

Wir setzen auf der Basis fairer Wettbewerbsbedingungen auf mehr Markt, weniger Bürokratie und Stärkung regionaler Verantwortung. Unser Ziel ist der Ausbau und der Erhalt einer wettbewerbsorientierten nachhaltigen Landwirtschaft.

10. Umwelt

Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze sondern bedingen einander.

Unser Leitbild ist eine nachhaltige Entwicklung, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit der Erhaltung von Natur und Umwelt in Einklang bringt. Wir setzen auch beim Schutz der Umwelt verstärkt auf Markt und Wettbewerb, auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Umweltschutz ist damit für den Staat in erster Linie Gestaltungsaufgabe. Umweltvorsorge hat Vorrang gegenüber Nachsorge. Umweltpolitik muss von allen Teilen der Gesellschaft getragen und langfristig innerster Bestandteil unseres Denkens und Handelns werden sowie bezahlbar sein. Umweltschutz erfordert Kooperation statt Konfrontation.

Umweltallianzen

Die Sächsische Union unterstützt eine auf Freiwilligkeit, Kooperation und Selbstverantwortung beruhende Umweltpolitik. Die **Umweltallianzen**, die zwischen dem Freistaat Sachsen und der Wirtschaft sowie der Landwirtschaft geschlossen wurden, sind in diesem Sinne ein innovativer und zukunftsfähiger Weg. Die Umweltallianzen dienen den Unternehmen, um Kosten zu sparen, Verwaltungsabläufe und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und Umweltbelastungen effizient zu vermindern, ohne das Ordnungsrecht zu bemühen.

Eine intakte und saubere Umwelt ist in ihrer Bedeutung als Standortfaktor für Industrieansiedlungen nicht zu unterschätzen. Aber insbesondere im Bereich Tourismus nimmt eine saubere Umwelt eine zentrale Rolle ein.

Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik können aber auch dann in Übereinstimmung gebracht werden, wenn **innovative Zukunftstechnologien**, z.B. zur Nutzung regenerativer Energien entwickelt und produziert werden.

Freiberg und Dresden haben sich bereits als Standorte zur Produktion von Solar- und Photovoltaikanlagen etabliert. Die Anwendung dieser Technologien, ob nun Sonnenenergie, Biomasse, Wind- und Wasserkraft, spart endliche fossile Energieträger und mindert den Ausstoß klimaschädlicher Gase, sollte aber nicht zu Lasten der Wohnqualität und touristischer Vermarktung gehen.

Schließlich sichert die Produktion und der Absatz in Sachsen technisches Know-how und Kompetenz im Hinblick auf künftige Märkte insbesondere in den südeuropäischen Regionen. Ein besonderer Schwerpunkt bildet die energetische und stoffliche Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe als Einkommensalternative für die Land- und Forstwirtschaft.

Wasser/Abwasser

Sachsen hat in den vergangenen Jahren in der **Abwasser- und Wasserinfrastruktur** einen hohen Stand erreicht. Die sächsischen Flüsse sind wieder sauber, selbst die Elbe wird heute wieder ihrem Ruf als einer der artenreichsten Flüsse Mitteleuropas gerecht. Damit das so bleibt, setzt sich die Sächsische Union für eine flächendeckende und angepasste Abwasser- und Wasserinfrastruktur ein. Allerdings ist auch hier die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Schon heute ist abzusehen, dass in den nächsten 20 Jahren

deutlich weniger Menschen in Sachsen leben werden als heute.

Deshalb muss geprüft werden, inwieweit auf dezentrale Lösungen zur Abwasserbeseitigung zurückgegriffen werden kann. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der demographischen Entwicklung sollten dezentrale Abwasseranlagen mindestens gleichberechtigt neben den zentralen Anlagen stehen. Aufgrund kürzerer Nutzungsdauer dezentraler Anlagen ist eine höhere Flexibilität bei zukünftigen Änderungen vorhanden.

Hochwasserschutz

Schwerpunkt künftiger sächsischer Umweltpolitik wird aber die Realisierung eines verbesserten und modernen Hochwasserschutzes sein; 1,7 Milliarden Euro sind dazu notwendig. Die Sächsische Union wird sich dafür einsetzen, dass dieser Hochwasserschutz im gesellschaftlichen Konsens umgesetzt werden kann. Ein moderner Hochwasserschutz, der auf flussgebietsbezogenen Schutzkonzepten basiert, auf Prävention, Eigenvorsorge und Schadensminimierung setzt, genießt in der christdemokratischen Umweltpolitik Priorität. Die Verbesserung des Hochwasserschutzes ist eine nationale Generationenaufgabe, bei der ein Zusammenwirken von EU, Bund, Land und Kommunen notwendig ist.

Seit September 2002 konnten wir den Wiederaufbau gestalten und Maßnahmen zur Hochwasserprävention initiieren und begleiten. Die weitest gehende Minderung der Schadenspotentiale und Stärkung der Eigenvorsorge sind das vorrangige Ziel. Trotz schwieriger Haushaltslage konnten die Finanzmittel für die Erarbeitung und Aufstellung des Hochwasserschutz-Aktionsplans, der flussgebietsbezogenen Hochwasserschutzkonzepte sowie zum Aufbau des neuen

sächsischen Landeshochwasserzentrums (LHWZ) im Landesamt für Umwelt und Geologie und den Wiederaufbau des Hochwasser-Pegelnetzes bereitgestellt werden. Die Hinweise und Forderungen der „Kirchbach-Kommission“ in Auswertung der Flutereignisse waren uns dabei ein wichtiger Leitfaden.

11. Solide Finanzen als Grundlage der Politik

Wir haben eine beachtliche Leistungsbilanz aufzuweisen. Was uns darüber hinaus von den anderen neuen Ländern unterscheidet, ist, dass wir dies alles bei einer **soliden Finanzpolitik** erreicht haben. Seit Jahren hat Sachsen die **höchste Investitionsquote** aller deutschen Länder und die **zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung**, die nicht einmal die Hälfte der anderen neuen Länder erreicht. Wir haben damit unter Beweis gestellt, dass Aufbauertolge auch ohne ausufernde Staatsverschuldung möglich sind. Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Sie bürden unseren Kindern und Enkelkindern weitere Lasten auf, obwohl die zahlenmäßig abnehmende junge Generation schon genug belastet sein wird. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die Sächsische Union bekennt sich uneingeschränkt zum Prinzip der Generationengerechtigkeit in der Politik. Wir prüfen all unsere Handlungen darauf ab, ob sie für die nachfolgenden Generationen mit zusätzlichen und nicht hinnehmbaren Belastungen verbunden sind. Durch die Sächsische Union wurde bereits im Sächsischen Landtag eine Initiative zur Erstellung einer regelmäßigen Generationsbilanz ergriffen. Diese werden wir im Freistaat Sachsen in die Tat umsetzen und fordern dies auch von der Bundespolitik. Dies zeigt unser Bewusstsein für nachhaltige Politik, die nicht auf den Schultern der nächsten und übernächsten Generation ausgetragen wird.

Wir werden daher weiterhin alles daran setzen, die **Markenzeichen** der sächsischen Finanzpolitik – hohe Investitionsquote bei niedriger Verschuldung – beizubehalten.

Schon heute ernten wir die **Früchte unserer Haushaltsdisziplin**: Während steigende Zinsausgaben immer mehr Landeshaushalten den verbliebenen finanziellen Spielraum komplett entziehen, haben wir dank der vorausschauenden Politik der letzten Jahre immer noch **Handlungsfreiräume**, um **eigene Politikschwerpunkte** zu setzen. Wäre Sachsen in gleicher Höhe wie die anderen neuen Länder verschuldet, stünden pro Jahr **650 Millionen Euro** weniger für Landesaufgaben zur Verfügung. Als einziges Land haben wir es 2002 geschafft, die Solidarpaktmittel des Bundes vollständig für den weiteren Aufbau zu verwenden. Dies in den kommenden Jahren fortzuführen, ist unsere Herausforderung, aber auch unsere Pflicht gegenüber all denjenigen, die zur einzigartigen Solidarleistung des Aufbaus Ost beitragen. Wir werden an der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands tatkräftig weiterbauen!

Gemeinsam mit den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir unser Land zu einer führenden Region in der Mitte Europas machen!

Notizen

Notizen

Herausgeber:

CDU-Landesverband Sachsen

Lortzingstraße 35

01307 Dresden

Telefon: (0351) 4 49 17-0

Fax: (0351) 4 49 17-50

Internet: www.cdu-sachsen.de